



Beschluss

Terminbestimmung

Im Wege der Zwangsvollstreckung

soll am **Donnerstag, 27.03.2025, 10 Uhr**, im Amtsgericht Bürstädter Straße 1, A 10, versteigert werden:

Der im Wohnungsgrundbuch von Lampertheim Blatt 9128, laufende Nummer 1 des Bestandsverzeichnisses eingetragene 524/100.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

| <i>Lfd. Nr.</i> | <i>Gemarkung</i> | <i>Flur</i> | <i>Flurstück</i> | <i>Wirtschaftsart und Lage</i> | <i>Größe m²</i> |
|-----------------|------------------|-------------|------------------|------------------------------------------------|----------------------------|
| | Lampertheim | 3 | 276/3 | Hof- und Gebäudefläche, Carl-Lepper-Str. 10 | 8883 |

verbunden mit Sondereigentum an der Wohnung Nr. 1158 im 15. Obergeschoss 5. rechts und Abstellraum Nr. 1158.

Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragene Lampertheim Bl. 9001-9152) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Die Weiterveräußerung bedarf der Zustimmung des Verwalters. Die Zustimmung ist nicht erforderlich im Falle der Veräußerung an den Ehegatten, Verwandte in gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie oder bei Veräußerung des Wohnungseigentums im Wege der Zwangsvollstreckung oder durch den Konkursverwalter.

Die Beschränkung ist weiter für den Fall ausgeschlossen, dass der jeweilige Hypothekengeber der I. Hypothek das Wohnungseigentum erwirbt oder ersteigert und später weiterveräußert.

Im Übrigen wird wegen des Gegenstandes und des Inhalts des Sondereigentums auf die Eintragungsbewilligung vom 9. August 1973 Bezug genommen. Eingetragen am 22. Januar 1974.

Der Versteigerungsvermerk wurde am 17.02.2023 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 138.000,00 €

Objektbeschreibung gemäß Gutachten vom 11.01.2024:

Laut Gutachten eine Eigentumswohnung im 15. Obergeschoss des 19-geschossigen, unterkellerten Mehrfamilienhauses, bestehend aus Diele mit Abstellnische, Wohnzimmer,

Schlafzimmer, Küche, Bad/WC und Loggia mit insgesamt ca. 61,66 m² (inkl. Balkon) sowie einem Kellerraum. Es sind zwei Personenaufzüge vorhanden, der Zugang zum Gebäude ist jedoch nicht barrierefrei. Baujahr des Hauses ca. 1973. Die Heizungsanlage (Zentralheizung; Öl) wurde 2015 erneuert. Die Eigentumswohnung ist vermutlich vermietet, eine Innenbesichtigung konnte durch den Gutachter nicht erfolgen. Auf dem Grundstück befinden sich nur vereinzelt Stellplätze.

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter www.zvg-portal.de

Jeder Bieter muss sich im Versteigerungstermin durch gültigen Personalausweis oder Reisepass ausweisen, ggf. eine Vollmacht in öffentlich oder öffentlich beglaubigter Urkunde vorlegen und die steuerliche Identifikationsnummer angeben können. Mit der sofortigen Leistung von in der Regel 10% des festgesetzten Verkehrswertes als Sicherheit im Termin muss gerechnet werden.

Sicherheitsleistung mittels Bargeld ist ausgeschlossen.

Sicherheit kann geleistet werden durch eine unbefristete, unbedingte und selbstschuldnerische Bürgschaft eines Kreditinstituts oder durch einen Bundesbank- oder Verrechnungsscheck, der frühestens am dritten Werktag vor dem Versteigerungstermin ausgestellt worden und im Inland zahlbar ist. Dies gilt jeweils nur, wenn sie von einem im Geltungsbereich des Zwangsversteigerungsgesetzes zum Betreiben von Bankgeschäften berechtigten Kreditinstitut oder der Bundesbank ausgestellt sind. Als berechtigt gelten Kreditinstitute, die in der Liste der zugelassenen Kreditinstitute gemäß Artikel 3 Abs. 7 und Artikel 10 Abs. 2 der Richtlinie 77/780/EWG des Rates vom 12.12.1977 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute (ABl. EG Nr. L 322 S. 30) aufgeführt sind.

Auch kann Sicherheit durch Einzahlung oder Überweisung auf das Konto der Gerichtskasse in Frankfurt geleistet werden, wenn der Betrag der Gerichtskasse vor dem Versteigerungstermin gutgeschrieben ist und ein Nachweis hierüber im Termin vorliegt. Die Zahlung hat in diesem Verfahren sodann zu erfolgen an:

Gerichtskasse Frankfurt am Main: Landesbank Hessen-Thüringen,
IBAN: DE73 5005 0000 0001 0060 30, BIC: HELADEFXXX,
unter Angabe des Kassenzeichens: **022806901111**.

(Kassenzeichen ist stets anzugeben!)